

SPD-Ortsverein Olympiadorf

Antrag an die SPD-Stadtratsfraktion

Wachstum steuern: Wohnungen statt Hotels

Die Stadt München schöpft umgehend alle rechtlichen Möglichkeiten aus, in den nächsten Jahren den Bau neuer Hotels und Boardinghäuser in München zu verhindern

Begründung:

München erlebt derzeit einen wahren „Hotelboom“. In 2017 wurden neue Hotels mit rd. 7 000 Betten eröffnet. In den nächsten 2 Jahren sollen 35 neue Hotels hinzukommen (SZ vom 24.11.2018). Die Übernachtungszahlen in den Münchner Hotels haben in den letzten beiden Jahren um rd. 20 % zugelegt. Zusammen mit Übernachtungen, die über Plattformen in Wohnungen und Zimmern vermittelt werden, sind es inzwischen jährlich über 20 Millionen Übernachtungen in München. Wir steuern in München auf Zustände wie in Amsterdam und Barcelona zu.

Was wir aber in München brauchen sind Wohnungen und nicht zusätzliche Hotels und Boardinghäuser. Um neue Hotels zu verhindern, muss die Stadt umgehend alle planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und dabei auch Konflikte mit Investoren eingehen.

Z.B. sollen Gewerbegebiete, in denen der Bau neuer Hotels geplant ist, durch Bebauungspläne in Wohngebiete umgewandelt werden. In der Regel sind nämlich in Gebieten, die für Hotels geeignet sind, auch Wohnungen möglich.

In Fällen, in denen Wohnungsbau nicht vertretbar ist, soll der Bau von Hotels vertraglich ausgeschlossen werden (gesichert durch Grunddienstbarkeiten mit Vertragsstrafenbewehrung). Der Investor wird sich i.d.R.darauf einlassen, da er ansonsten damit rechnen muss, dass sein Baurecht durch einen Bebauungsplan auf das bei restriktiver Auslegung nach § 34 BauG mögliche Baurecht beschränkt wird.